



Politische Forderungen

**der CSD organisierten Vereine und
Gruppen in Sachsen-Anhalt an**

Politik und Gesellschaft



27.04.2024



Allgemein:

1. Wir fordern die Ergänzung des Artikels 3 des Grundgesetzes um die Merkmale „sexuelle und geschlechtliche Identität“

- Die Ergänzung ist unerlässlich für die volle rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans* und intergeschlechtlichen Menschen. Der Artikel 3 des Grundgesetzes muss klarstellen, dass niemand aufgrund seiner sexuellen oder geschlechtlichen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Dies dient dazu, Diskriminierung in Rechtsprechung und Gesetzgebung zu verhindern.

2. Wir fordern Arbeitgeber*innen dazu auf, das Bewusstsein für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in der Arbeitsumgebung zu stärken.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitgeber*innen eine aktivere Rolle bei der Förderung von Verständnis und Akzeptanz für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in der Arbeitsumgebung übernehmen. Es ist wichtig, dass Arbeitsplätze nicht nur Orte der Arbeit sind, sondern auch sicher, inklusiv und unterstützend für alle Mitarbeiter*innen, unabhängig ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität sind.
- Durch gezielte Maßnahmen können Arbeitgeber*innen das Bewusstsein für diese Vielfalt stärken und eine positive Arbeitskultur fördern, in der jeder Mensch respektiert und wertgeschätzt wird. Dies kann durch Schulungen, Sensibilisierungskampagnen und die Implementierung von Richtlinien und Verfahren erreicht werden, die Diskriminierung am Arbeitsplatz verhindern und ein Umfeld schaffen, in dem sich alle Mitarbeiter*innen authentisch und sicher fühlen können.

3. Wir fordern eine aktive Teilhabe und Unterstützung für LGBTIQ* Senior*innen

- Wir setzen uns dafür ein, dass ältere LGBTIQ* Menschen die Möglichkeit haben, aktiv an der politischen Vertretung von Senior*innen teilzunehmen. Es ist wichtig, dass ihre spezifischen Bedürfnisse in Bezug auf Betreuung und Pflege berücksichtigt werden, um eine würdevolle und angemessene Versorgung sicherzustellen. Darüber hinaus unterstützen wir die Förderung von speziellen Wohnformen, die den Bedürfnissen älterer LGBTIQ* Personen gerecht werden.
- Die Förderung von speziellen Wohnformen für ältere LGBTIQ* Personen ist ein wichtiger Schritt, um sicherzustellen, dass diese in einer Umgebung leben können, die ihre Bedürfnisse und Lebensrealitäten respektiert und unterstützt. Diese Wohnformen bieten nicht nur ein sicheres und inklusives Zuhause, sondern auch die Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen und eine unterstützende Gemeinschaft aufzubauen.

4. Wir fordern eine größere Vielfalt und vermehrte Präsenz queerer Lebensweisen in den Medien.

- Wir wünschen uns, dass in den Medien eine breitere Palette von Lebensstilen, die zu queerer Identität gehören, gezeigt wird. Wir wollen, dass verschiedene Aspekte und Erfahrungen von queeren Personen häufiger und in unterschiedlichen Formaten wie Nachrichten, Filmen, Serien und anderen Medien präsent sind.

5. Wir fordern Gleiche Rechte im Adoptionsverfahren für Alle

- Eltern zu werden, sollte nicht von der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität abhängen, sondern basierend auf der Fähigkeit und dem Wunsch, ein liebevolles Zuhause für ein Kind anzubieten. Deswegen muss jedem Menschen, unabhängig von sexueller oder geschlechtlicher Identität, das volle Recht gewährt werden, am Adoptionsverfahren teilzunehmen und eine Familie zu gründen.
- Es ist von grundlegender Bedeutung, dass das Adoptionsverfahren frei von Diskriminierung ist und alle potenziellen Eltern gleich behandelt werden. Dies fördert nicht nur die Vielfalt und Inklusion in unserer Gesellschaft, sondern gewährleistet auch das Wohlergehen und die Zukunftschancen der Kinder.

6. Wir fordern die Förderung eines gendersensiblen Sprachgebrauchs

- Wir setzen uns dafür ein, dass ein bewusster und gendersensibler Umgang mit Sprache gefördert wird, der die geschlechtliche Vielfalt von Menschen respektiert und sichtbar macht. Es ist wichtig, dass die Sprache inklusiv ist und die verschiedenen Geschlechtsidentitäten angemessen widerspiegelt, um allen Menschen das Gefühl zu geben, gehört und akzeptiert zu werden.
- Indem wir einen gendersensiblen Umgang mit Sprache fördern, tragen wir dazu bei, eine inklusive und respektvolle Kommunikationskultur zu schaffen, in der sich alle Menschen, unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität, gleichberechtigt und wertgeschätzt fühlen können. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und zur Schaffung einer Gesellschaft, die die Vielfalt und Einzigartigkeit jedes Einzelnen anerkennt und feiert.

Sachsen-Anhalt:

1. Wir fordern die Förderung der Sichtbarkeit des Respekts für queere Personen.

- Es ist entscheidend, dass die Landesregierung Sachsen-Anhalt Maßnahmen zur Förderung der Sichtbarkeit und des Respekts für queere Personen ergreift. Dazu gehört die Unterstützung und finanzielle Förderung von Veranstaltungen wie dem CSD (Christopher Street Day), um die LGBTIQ*-Community zu stärken und ihr eine Plattform für ihre Anliegen zu bieten.
- CSD's sind bedeutende Veranstaltungen, die die Vielfalt und die Rechte der LGBTIQ*-Gemeinschaft feiert und politische Forderungen für Gleichberechtigung und Akzeptanz stellt. Die finanzielle Unterstützung seitens der Landesregierung von eben diesen Veranstaltungen ist daher von großer Bedeutung, um die LGBTIQ*-Community zu stärken und ihr eine Stimme zu geben.
- Darüber hinaus sollte die Landesregierung auch andere Maßnahmen ergreifen, um die Sichtbarkeit und den Respekt für queere Personen zu fördern, wie beispielsweise Sensibilisierungskampagnen, die Förderung von LGBTIQ*-Kulturveranstaltungen und die Integration von queeren-Themen in die Bildung.

2. Wir fordern eine Aktive Förderung von Erinnerungskultur und Aufarbeitung von queerer Geschichte

- Wir setzen uns entschieden für die aktive Förderung der Erinnerungskultur und die Aufarbeitung der Geschichte der queeren Community ein. Die Geschichte von queeren Menschen muss anerkannt, dokumentiert und aufgearbeitet werden, einschließlich der Verfolgung während der NS-Zeit und anderer historischer Ereignisse.
- Die Schaffung von Denkmälern und die Integration dieser Geschichte in Museen und anderen Bildungseinrichtungen sind wichtige Schritte zur Anerkennung und Würdigung der Beiträge und des Leidens von LGBTIQ* Personen. Durch die Errichtung von Denkmälern und Gedenkstätten können wir die Erinnerung an die Vergangenheit wachhalten und den Opfern von Diskriminierung und Verfolgung gedenken.
- Die aktive Förderung der Erinnerungskultur und die Aufarbeitung der Geschichte von LGBTIQ* Personen sind nicht nur ein Akt der Anerkennung und Würdigung, sondern auch ein wichtiger Schritt zur Förderung von Toleranz, Akzeptanz und Respekt in unserer Gesellschaft. Indem wir die Vergangenheit anerkennen und verstehen, können wir dazu beitragen, eine gerechtere und inklusivere Zukunft aufzubauen.

3. Wir fordern eine würdevolle Behandlung und angemessene Unterstützung für LGBTIQ* Geflüchtete in Sachsen-Anhalt

- LGBTIQ* Geflüchtete sollen in Sachsen-Anhalt eine respektvolle und würdevolle Behandlung erfahren und angemessen untergebracht werden. Die Unterbringung von queeren Geflüchteten sollte frei von Diskriminierung und Gewalt sein und ihnen die Möglichkeit bieten, sich frei und authentisch auszudrücken, ohne Angst vor Ausgrenzung oder Anfeindungen haben zu müssen. Dies erfordert eine Sensibilisierung des Personals in Flüchtlingsunterkünften und eine entsprechende Schulung, um eben diese Geflüchteten angemessen zu unterstützen.
- Des Weiteren ist eine ausreichende finanzielle Unterstützung erforderlich, um den Bedarf an Beratungs-, Wohn- und Hilfsangeboten für LGBTIQ* Geflüchtete zu decken. Dies umfasst die Bereitstellung von geschultem Fachpersonal, das auf die Bedürfnisse von queeren Personen spezialisiert ist, sowie die Förderung von sicheren und unterstützenden Wohnmöglichkeiten, die ihnen ein Leben in Würde ermöglichen.

4. Wir fordern eine Neuausschreibung der Landeskoordinierungsstellen

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Landeskoordinierungsstellen einer Neuausschreibung unterzogen werden. Es ist wichtig, dass diese Stellen transparent und gerecht ausgeschrieben werden, um sicherzustellen, dass der bestmögliche Träger ausgewählt werden kann und die Arbeit dieser Stellen effektiv und zielgerichtet sein kann.
- Eine Neuausschreibung der Landeskoordinierungsstellen ermöglicht es, die aktuellen Bedürfnisse und Anforderungen im Bereich der Koordinierung und Unterstützung der LGBTIQ* Community und Organisationen in Sachsen-Anhalt angemessen zu berücksichtigen. Dabei sollten insbesondere die Kompetenz und Erfahrung der Bewerber*innen, sowie ihre Fähigkeit zur Interessenvertretung und zum Aufbau von Netzwerken in der LGBTIQ* Community eine Rolle spielen.

5. Wir fordern die Verpflichtung der Landesregierung zur Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes in Sachsen-Anhalt

- Wir fordern von der Landesregierung Sachsen-Anhalt eine klare Verpflichtung zur Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes auf Landesebene. Diese Verpflichtung sollte sicherstellen, dass Standesbeamt*innen angemessen geschult werden, um trans, inter* und nicht-binäre Personen bei der Namens- und Geschlechtseintragänderung respektvoll und unter Wahrung ihrer Würde zu behandeln.
- Die angemessene Schulung von Standesbeamt*innen ist dabei von großer Bedeutung, um sicherzustellen, dass diese sensibel und kompetent mit den Anliegen von trans, inter* und nicht-binären Personen umgehen können. Dies beinhaltet nicht nur die korrekte Durchführung von Namens- und Geschlechtseintragänderungen, sondern auch die Gewährleistung eines respektvollen und würdevollen Umgangs mit den Betroffenen.

6. Wir fordern die Schaffung eines umfassenden Netzwerks von LGBTIQ* freundlichen Gesundheitsdiensten und Beratungsstellen

- Queere Personen haben oft spezifische Gesundheitsbedürfnisse und können aufgrund von Diskriminierung und Vorurteilen Schwierigkeiten haben, angemessene medizinische Versorgung zu erhalten. Durch die Schaffung eines Netzwerks von LGBTIQ*-freundlichen Gesundheitsdiensten und Beratungsstellen können diese Barrieren abgebaut und queeren Personen eine sichere Anlaufstelle für ihre Gesundheitsfragen bieten.
- Diese Gesundheitsdienste und Beratungsstellen sollten nicht nur über Fachwissen im Bereich LGBTIQ*-Gesundheit verfügen, sondern auch sensibel und respektvoll mit den Anliegen und Bedürfnissen queerer Personen umgehen. Sie sollten queeren Personen eine umfassende Palette von Dienstleistungen anbieten, einschließlich medizinischer Versorgung, psychosozialer Unterstützung, Präventionsmaßnahmen und Beratung zu Themen wie Coming-out, Geschlechtsidentität und sexuelle Gesundheit.

7. Wir fordern: Keine Förderung von diskriminierenden und anti-demokratischen Organisationen, Verbänden und Gruppen

- Wir fordern entschieden, dass öffentliche Fördermittel nicht an Organisationen, Verbände oder Gruppen fließen dürfen, die Diskriminierung fördern oder anti-demokratische Praktiken unterstützen. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass staatliche Unterstützung ausschließlich an Akteure geht, die sich für die Förderung von Toleranz, Vielfalt und demokratischen Werten einsetzen.
- Diskriminierung und anti-demokratische Aktivitäten stehen im Widerspruch zu den Grundprinzipien einer gerechten und inklusiven Gesellschaft. Es ist daher unerlässlich, dass öffentliche Gelder nicht dazu verwendet werden, solche Aktivitäten zu unterstützen oder zu legitimieren. Stattdessen sollten Fördermittel gezielt an Organisationen und Verbände gehen, die sich für die Achtung der Menschenrechte, die Förderung von Vielfalt und die Stärkung der demokratischen Prinzipien einsetzen.

8. Wir fordern die Schaffung von Anlaufstellen für TIN-Personen

- Wir fordern, dass Anlaufstellen und Beratungsangebote speziell für trans*, inter* und nicht-binäre (TIN) Personen geschaffen werden. Diese Anlaufstellen sollen TIN-Personen bei Fragen zur rechtlichen Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität und anderen Anliegen umfassende Unterstützung bieten.
- Diese Anlaufstellen sollten nicht nur rechtliche Informationen und Unterstützung zur Geschlechtsidentität bieten, sondern auch psychosoziale Beratung, Hilfe bei der Suche nach medizinischer Versorgung und Unterstützung im Umgang mit Diskriminierung und Vorurteilen.

9. Wir fordern die Vereinfachung von Förderrichtlinien bis 5.000,00 EUR und gleichmäßige Verteilung von Fördermitteln in ganz Sachsen-Anhalt

- Es ist entscheidend, dass der Zugang zu finanzieller Unterstützung für Projekte und Initiativen transparent, fair und zugänglich ist, unabhängig von ihrer geografischen Lage oder Größe.
- Die Vereinfachung der Förderrichtlinien ermöglicht es potenziellen Antragsteller*innen, sich leichter über die verfügbaren Mittel zu informieren und den Antragsprozess einfacher und effizienter zu gestalten. Dies trägt dazu bei, bürokratische Hürden abzubauen und sicherzustellen, dass Fördermittel schnell und gezielt dort eingesetzt werden können, wo sie am dringendsten benötigt werden.
- Darüber hinaus ist eine gleichmäßige Verteilung von Fördergeldern in ganz Sachsen-Anhalt von großer Bedeutung, um sicherzustellen, dass alle Regionen des Bundeslandes gleichermaßen von finanzieller Unterstützung profitieren können. Dies fördert die Chancengleichheit und den regionalen Ausgleich und stärkt die lokale Gemeinschaften in ihrem Bestreben, positive Veränderungen herbeizuführen und ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

10. Wir fordern verstärkte Maßnahmen zum Schutz von LGBTIQ* vor Hass und Gewalt sowie zusätzliche Anstrengungen zur Bekämpfung von Feindseligkeit gegenüber Trans*, Homo- und Bisexuellen.

- Wir fordern vom Land Sachsen-Anhalt verstärkte Maßnahmen, welche zum Schutz von LGBTIQ* Personen vor Hass und Gewalt und fordern zusätzliche Anstrengungen zur Bekämpfung von Feindseligkeit gegenüber Trans*, Homo- und Bisexuellen.
- Es ist unerlässlich, dass das Land Sachsen-Anhalt ein starkes Zeichen gegen Hasskriminalität und Gewalt gegen queere Personen setzt. Dies erfordert eine konsequente Verfolgung und Bestrafung von Täter*innen, sowie die Einrichtung von Anlaufstellen und Unterstützungsangeboten für Betroffene.
- Hasskriminalität und Gewalt gegen queere Personen sind inakzeptabel und dürfen nicht toleriert werden. Behörden und staatlichen Institutionen in Sachsen-Anhalt müssen daher konsequent gegen diese Formen der Kriminalität vorgehen und Täter*innen zur Rechenschaft ziehen.
- Darüber hinaus ist es wichtig, präventive Maßnahmen zu ergreifen, um Hasskriminalität und Gewalt gegen queere Personen zu verhindern. Dazu gehört die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Bedeutung von Respekt und Akzeptanz für alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität.